

**Zeitschrift:** Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Band:** 100 (2020)  
**Heft:** 1075  
  
**Vorwort:** Editorial  
**Autor:** Grob, Ronnie

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

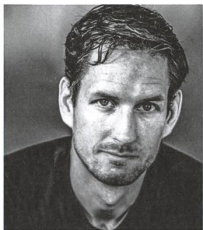
**Download PDF:** 20.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Editorial

*«Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit.»*

*Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Artikel 10, Absatz 2*



**Ronnie Grob**  
Chefredaktor

Es sieht wie ein Staatsstreich aus: Die Parlamentssession wird auf Antrag der Verwaltungsdelegation abgebrochen, ein Abstimmungstermin abgesagt, die Armee mobilisiert, das Land lahmgelegt: Ausser Lebensmittelläden, Apotheken, Tankstellen und einigen staatlichen Diensten muss alles schliessen für mindestens einen Monat. Die Gewaltenteilung ist dahin und der Bundesrat frei, anzuordnen, was auch immer ihm zielführend und verhältnismässig erscheint. Die Kantone haben sich zu fügen, die Bürger, das Gewerbe, alle. Für ein Ziel: die Verlangsamung der Ausbreitung von Covid-19, einem Virus, das Risikopatienten lebensgefährlich werden kann.

Als Journalist mag man erwägen, was eine kluge Problemlösung wäre, die Verantwortlichen aber müssen handeln. Und hierbei spielt die allgemeine Stimmung eine grosse Rolle. Hätte der sozialistische Einparteiensstaat China nicht zu massiven Freiheitsbeschränkungen gegriffen und wäre nicht Italien diesen gefolgt, so wäre dieses weltumspannende, kollektive Handeln von Regierungen, wie es jetzt zu beobachten ist, kaum in Gang gekommen. Wer denkbare Alternativen vorschlug wie eine kontrollierte Durchseuchung, wurde hingestellt wie ein Mörder unserer älteren Mitmenschen. Doch zum Leben gehört das Risiko und auch der Tod. Sich selbst, seine Lebensart, sein Wirtschaftssystem, seine Freiheiten aufgeben aus Angst vor dem Tod ist keine gute Option. Jedenfalls nicht für länger.

Erinnern Sie sich an die Schweinegrippe-Impfkampagne von 2009? Sie kostete den Schweizer Steuerzahler rund 130 Millionen Franken und war sinnlos (Impfstoffe im Wert von über 50 Mio. mussten vernichtet werden). Gegen die heute in Aussicht gestellten Beträge sind es nur mickrige Summen. «Whatever It Takes», erklingt es heute von überall her, die Rufe der Regierungen gleichen sich denen der Zentralbanken an. Das Problem ist nur, dass ihre Massnahmen wirkungslos oder gar kontraproduktiv bleiben könnten. Womöglich haben sich die freiheitlich-demokratischen Regierungen nicht bis zu Ende überlegt, was es heisst, Menschen, die aufeinander sitzen und sich nicht zu beschäftigen wissen, für länger einzusperren. Man wird mit ihnen nicht so umgehen können, wie das China tut.

Zum Coiffeur, ins Fitnessstudio und in die Beiz kann man nicht mehr. Was folgt? Das Verbot von Bargeld, aus Hygienegründen? Die flächendeckende Überwachung der Bürger per Smartphone, aus Sicherheitsgründen? Die Zerstörung der freien Marktwirtschaft, aus systemischen Gründen? Der Bürger muss wachsam bleiben, sonst gerät er auf lange Frist unter die Knute der von Regierungen ausgeübten Kontrolle. ◀